

Zwangsmitgliedschaft bei Allah & Co.

Die mohammedanische Weltbevölkerung wächst weiter, und immer noch schneller als die übrige Bevölkerung. In den nächsten 20 Jahren werden die Mohammedaner um 35% zunehmen. Ging man 2010 von 1,6 Milliarden Allahgläubigen aus, dürften es 2030 bereits 2,2 Milliarden sein. Das Wachstum findet zum allergrößten Teil in unterentwickelten Ländern statt und betrifft Europa nicht gravierend. Dennoch werden mohammedanische Sippen hier größer, haben durchschnittlich mehr Kinder, als die alteingesessenen Familien. Aus jedem dieser Kinder wird ein Mitglied der mohammedanischen Gemeinschaft – wobei der entscheidende Punkt ist: In dieser Gruppe bleibt es gefangen, weil der Abfall vom Glauben mit dem Tode bestraft wird. Abgesehen davon, dass diese Todesstrafe völlig indiskutabel ist, müsste geprüft werden, ob die diktierte lebenslange Zwangsmitgliedschaft mit unserem Recht vereinbar ist. Oder winkt eine juristische Handhabe, diese Religion bzw. die Zwangsrekrutierung zu verbieten?

(Von Bert Conrados)

Allein ein Verbot des Zwangsbeitritts würde alle Religionen relativ schnell reduzieren. Damit wäre das Problem des Mohammedanismus in Europa in den Griff zu bekommen. Noch wächst Mohammeds System sozusagen zwanghaft, während die christlichen Kirchen durch Austritte schrumpfen. Ein religiöses Gegengewicht zum Islam wird aber auch nicht gebraucht, weil es sowieso ohne Macht ist und die Staaten diese Aufgabe übernommen haben. Auf der einen Seite steht der demokratische Staat, auf der anderen Seite der Mohammedanismus. Die Achillesferse dieser Konstellation ist das Mehrheitssystem der Demokratie. Schon eine geringfügige relative Mehrheit kann unser System umkippen lassen, zugunsten des totalitären Systems Mohammeds. Deshalb muss unser Staat,

und damit die Demokratie geschützt werden. Geschützt vor permanent nachwachsenden Wählern aus dem aggressiven Lager.

Kinder gehören seit Geburt zur Glaubensgemeinschaft ihrer Eltern. Diese Regelung ist bisher nie in Frage gestellt worden. Trotzdem kann man darüber nachdenken, ob es richtig ist, den Nachwuchs mit einer automatischen Zuweisung zur Religion der Eltern zu bevormunden.

Ist die Zwangsmitgliedschaft, die von Religionen rituell abgesegnet wird, juristisch überhaupt erlaubt? Wenn ja – ist dieses Recht rechtens? Oder ist es ein unzulässiger Eingriff in die Persönlichkeitsentwicklung eines Individuums, das wehrlos der Indoktrination durch die Geistlichkeit ausgesetzt ist?

Richtig ist: Die physische Fürsorge für ihre unmündigen Kinder obliegt den Eltern. Aber: Dürfen Eltern über die Zugehörigkeit ihres Kindes zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft entscheiden? Dürfen Religionsgemeinschaften unmündige Kinder nach Belieben manipulieren? Wer gibt diesen Organisationen das Recht, ihren Nachwuchs zu rekrutieren, wenn diese jungen Menschen noch gar nicht entscheidungsfähig sind?

Das es schon immer so war, ist sicher kein Argument das einer juristischen Bewertung standhält. Und wenn es so etwas wie ein Gewohnheitsrecht ist, gehört dieses auf den Prüfstand. Der mögliche Hinweis, die Beschlagnahme des Kindes durch Taufe, Weihe, Beschneidung oder andere Riten sei Teil der Tradition oder Kultur mag zutreffen, was aber nicht bedeutet, dass diese Gewohnheit durch staatliches Recht gedeckt ist. Die Beschneidung ist eindeutig eine Körperverletzung, welche Eltern nicht veranlassen oder zulassen dürfen. Die maßlose Aufregung der Menschen jüdischen und islamischen Glaubens über die gerichtliche Ablehnung dieser Körperverletzung war ebenso pervers, wie es die Beschneidung selbst ist.

Initiator des Beschneidungsakts war der jüdische Gott Jahwe, der als Besiegelung seines Bundes mit Abraham von ihm

verlangte seine Vorhaut zu entfernen – und auch anordnete, alle Nachkommen müssten dieser Sitte folgen. Wenn der alte Abraham mit seinen 99 Jahren diese Forderung erfüllte, so war das seine Sache. Doch die Geschichte ist ohnehin eine Legende, die niemals stattgefunden hat. Völlig unverständlich ist, dass diese mehr als uralten Überlieferungen im 21. Jahrhundert überhaupt noch eine Rolle spielen. Diese windige Story mit der göttlichen Anordnung aber zu einem unverzichtbaren Bestandteil der religiösen Kultur zu machen, ist grenzenlos überzogen und zeugt von unreflektiertem Denken. Mohammed hat sich die angebliche Forderung Jahwes zu eigen gemacht und den Beschneidungsritus in seine Lehre eingebaut. Juden und Mohammedaner liegen da auf einer Linie, weit abseits einer aufgeklärten Sicht.

Das Problem des Beschneidungsritus ist weniger der Akt selbst, sondern die Selbstverständlichkeit mit der Eltern und Religionsgemeinschaften über Babys oder kleine Kinder bestimmen. Jeder Erwachsene ab 18 Jahren kann seiner Meinung nach Überflüssiges an sich abschneiden, tätowieren oder piercen lassen. Das ist seiner privaten Entscheidung vorbehalten. Wäre es nicht sinnvoll, die Entscheidung der Religionszugehörigkeit ebenfalls auf den juristischen Zeitpunkt des Erwachsenseins zu legen, als auf 18 Jahre? Vorher ist es schwer möglich, verantwortungsbewusst und gut informiert eine so wichtige Entscheidung zu treffen. Mit 18 könnte man frei bestimmen, ob man Jahwe, Christus, Allah, Shiva, Krishna, Shoulao oder Manitu zu seinem Gottesfavoriten macht. Oder niemanden. Diese Entscheidungsfreiheit würde dazu beitragen, den gefährlichen Gott Allah und sein ideologisch-totalitäres System weitgehend zu neutralisieren.

Inzwischen ist man im säkularen Abendland moralisch ja soweit gefestigt, dass der Werte-Kanon auf religiöse Vorgaben verzichten kann. Religiöse Gebote werden nicht mehr gebraucht, die staatliche Gesetzgebung hat diese Aufgabe übernommen und füllt sie vollkommen aus. Humanistische und moralische Aspekte

sind in der westlichen Weltanschauung integriert, sodass es keiner gottorientierten Institutionen bedarf. Götter sind ohnehin fragwürdige Figuren, die immer schwerer vermittelbar sind. Der Staat kann Ethik im Bildungssystem lehren – was ja auch stattfindet.

Die Geistlichkeit der in Europa vertretenen abrahamitischen Religionen, Christentum, Judentum und Islam, wird Zeter und Mordio rufen, wenn ihre Pfründe ins Wanken kommen, weil die automatische Zwangsmitgliedschaft in Frage steht. Wie schön wäre doch ein Wettbewerb der Religionen, wenn die mögliche, volljährige Kundschaft frei entscheiden kann, über ihren Glauben oder über ihre Neigung zu einer bevorzugten Gemeinschaft. Oder, ob sie so emanzipiert ist, ohne religiöse Partei zu leben.

Wettbewerb ist und war die Losung jeder Zeit. Dieser Wettbewerb hat zwischen den großen Religionen nie stattgefunden. Nur das Töten des Andersgläubigen war ein probates Mittel sich zu behaupten. Wettbewerb würde bedeuten: Ein frischer Wind – nein, ein Orkan würde dem Bodenpersonal der Götter um die Ohren pfeifen und jahrhunderte alte Verkrustungen wegfegen. Fortschrittliche Kräfte müssten die überholten Strukturen, Ansichten und Dogmen revidieren und verknöchertes Personal in die Wüste schicken. Aus den alten religiösen Institutionen könnten moderne, ethikorientierte Organisationen werden, die ihren alten Gott und seine Heilsgeschichte als unglaubwürdige Relikte verschämt einpacken, ihre Schriftrollen, ihren Koran und ihre Bibel nur noch als Vergangenheit betrachten und in Vitrinen stellen.

Ist das vorstellbar? Nein, eher nicht. Die gern bräsigen, selbstgefälligen Besatzungen der Bodenstationen der Götter sind verbohrt in Traditionen. Das rituelle Brimborium scheint unersetzlich und die Lehre unreformierbar. Wettbewerb ist dem Klerus fremd. Gestalten wie Luther sind nicht in Sicht und von einer neuen Identität ist man weit entfernt. Dabei sind wettbewerbsorientierte Reformen vermutlich die letzte Chance,

wenn die traditionellen Religionen überleben wollen. Es wäre eine interessante Entwicklung – doch ob in der veralteten Substanz noch genügend junge Kraft steckt, ist zweifelhaft.

(Bert Conrados ist Autor der Bücher „Die Illusion Gott“ und „Die islamische Ideologie“, www.epubli.de)

Ein Moslem im Himmel



Mustafa: Wo bin ich? Mir ist schwindelig. Ist das hier das Paradies? Hat meine Selbstmord-Bombe funktioniert?

Petrus: Mein liebes Kind, du bist im Himmel. Du hast dein Leben ausgelöscht. Gott vergebe dir.

Mustafa: Allah sei Dank, die Bombe hat also funktioniert.

(Von Smiley)

Petrus: Gott sei Dank nur teilweise. Die Bombe hat zwar dich erwischt, aber andere unschuldige Menschen glücklicherweise nicht. Sonst wärest du nicht hier im Himmel.

Mustafa: Ich hab' s befürchtet. Dieser Ali Ben-Murksi, unser Bombenbauer, ist ein Esel vor dem Herrn. Die Hälfte seiner Bomben, die sich die Selbstmord-Attentäter umschnallen, funktioniert überhaupt nicht. Die anderen Bomben sind oftmals

so schlecht gebaut, dass sie nur den Attentäter töten. Möge er in der Hölle schmoren, dieser Prutscher.

Petrus: Leider hat deine Bombe teilweise funktioniert, mein liebes Kind. Du hast dich selbst in die Luft gesprengt. Gott ist darüber sehr betrübt.

Mustafa: Betrübt? Das muss ein Missverständnis sein. Ich habe gottgefällig gehandelt. Allah liebt mich. Und Mohammed, sein Prophet, liebt mich auch. Ich bin ein Märtyrer. Ich wollte die Ungläubigen in die Luft sprengen, auch wenns nicht geklappt hat. Ich bekomme 72 Jungfrauen. Und Schokolade. Und Erdbeereis. Kann ich bitte sofort ein Erdbeereis bekommen?

Petrus: Du bist verwirrt, mein liebes Kind. Du bist verwirrt wie alle muslimischen Selbstmordattentäter. Du bekommst dreimal täglich Infusionen mit Liebe und Güte. Dazu Manna als Nahrung. Du wirst sehen, in ein paar Wochen bist du wieder ganz gesund.

Mustafa: Ich verlange, sofort zu meinem ehemaligen Imam vorgelassen zu werden. Ich bin beleidigt und werde mich beschweren.

Petrus: Das geht leider nicht, mein liebes Kind. Dein Imam wird seit Jahren auf der Intensiv-Station des Himmels behandelt. Gottes Segen und die Hilfe der Engel und Erzengel haben seinen Zustand zwar gebessert, aber seine Krankheit haben sie bisher nicht vollständig heilen können. Der Heilungsprozess wird noch Jahre dauern.

Mustafa: Dann bringen Sie mich bitte sofort zu meinem Kommandanten Isa Ben Muli.

Petrus (*schaut auf den Bildschirm seines Computers*): Mein liebes Kind, es tut mir sehr leid, aber wir haben hier im Himmel keinen Isa Ben Muli.

Mustafa: Aber das ist unmöglich. Isa Ben Muli war der

Kommandant. Er ist eine verehrte Persönlichkeit der Moslems nicht nur in Afghanistan und in Deutschland, sondern in aller Welt. Der große Satan USA hat ihn mit einer Drohne in den Himmel befördert. Er muss hier sein.

Petrus (*in sein Sprechgerät*): Mein liebes Kind, bitte verbinden Sie mich mit dem Fürsten der Hölle.

Sekretärin: Sehr gerne, sofort.

Höllenfürst: Hallo, Petrus? Was wollen Sie schon wieder? Ich habe hier alle Hände voll zu tun. Bei mir stehen die Moslems Schlange. Taliban, Hizbollah, Hamas, Zentralrat der Muslime, Muslimbruderschaft, iranische Religionswächter und hast du nicht gesehen. Dazu immer mehr Grüne, SPDler, CDUler, Antifa. Die ganze Moslem-Mafia. Neuerdings auch immer mehr total verwirrte Seelen von der EU. Hatten wir früher nie hier. Die machen mich wahnsinnig mit ihrer Bürokratie. Sie haben ja keine Ahnung, was hier abgeht. Wir arbeiten im Drei-Schichten-Betrieb. Meine Teufel fahren Überstunden auf Teufel komm raus. Und Sie fallen mir mit Ihren ständigen Anrufen auch noch auf die Nerven. Worum gehts?

Petrus: Mein liebes Kind, haben Sie einen Isa Ben Muli unter Ihren Gästen?

Höllenfürst: Nennen Sie mich bitte in drei Teufelsnamen nicht „mein liebes Kind“, sonst vergesse ich meine gute Erziehung. Ja, wir haben einen Isa Ben Muli hier. Ein durchgeknallter Typ, der sich für einen Kommandanten und Heiligen hält. Selbst ich würde drei Kreuze machen, wenn dieser Halbgescheite im Rahmen des nächsten Austauschprogramms endlich zu euch kommen würde. Der faselt ständig davon, Christen und Juden umzubringen, obwohl die alle bei euch im Himmel sind, und nervt meine Teufel hier mit Begriffen wie Jihad, Multi-Kulti und Integration. Er verlangt, sofort in den Himmel überstellt zu werden und beruft sich auf eine gewisse Integrationsbeauftragte Maria Böhmer, die für ihn bürgen

würde. Kein Teufel hier weiss, was zum Teufel der meint. Wir haben ihn in die geschlossene Abteilung eingewiesen, aber selbst die Wärter sind nahe daran, durchzudrehen. Warum fragen Sie?

Petrus: Ach, nur so. Nichts besonderes. Wie ist das Wetter bei Ihnen, mein liebes Kind?

Höllenfürst: Idiot (*hängt ein*).

Petrus: Mein liebes Kind Mustafa, dein Isa Ben Muli schmort leider in der Hölle, und zwar in der geschlossenen Anstalt. Möchtest du zu ihm?

Mustafa: Selbstverständlich gerne, ich meine, äh..., also, vielleicht später. Könnte ich jetzt zu den 72 Jungfrauen?

Petrus: Mein liebes Kind, ich weiß nicht genau, was du meinst. Wir haben hier im Himmel – die göttliche Familie natürlich ausgenommen – nur einige wenige Jungfrauen. Eine ehemalige Ordensschwester, die im gesegneten Alter von 98 Jahren zu uns kam, sowie Politikerinnen der Grünen, der SPD, der Linken und der CDU. Dazu kommen natürlich die weiblichen Mitglieder der Antifa, die in einem himmlischen Spezialsanatorium untergebracht sind. Möchtest du, dass ich dich mit ihnen bekannt mache?

Mustafa: Nun, äh ..., vielen Dank, im Moment nicht. Könntest du mir jetzt mein Zimmer zeigen?

Petrus: Sehr gerne, mein liebes Kind. Wir haben für dich ein 10-Appartement-Haus ausgewählt, wunderschön gelegen in einem paradiesischen Garten. Deine unmittelbaren Nachbarn sind sämtlich christliche Menschenkinder, die von deinen Selbstmord-Attentat-Kollegen in die Luft gesprengt wurden. Sie haben sich beim Platzwart in der Sportabteilung des Himmels Baseball-Schläger ausgeliehen und mich gebeten, dich herzlich zu grüßen. Sie warten schon auf dich. Seltsam, in meinen Unterlagen ist gar nicht vermerkt, dass du ein guter

Baseballspieler bist. Hast du eine Erklärung? Wie auch immer, auf gute Nachbarschaft, mein liebes Kind.

Mustafa: Oh Gott, bitte nicht. Kann ich etwas tun, um mein Fehlverhalten wieder gut zu machen? Kann ich bitte noch mal auf die Erde zurückkehren?

Petrus: Nach den göttlichen Gesetzen kann ich dir zur Buße eine Wiedergeburt anbieten. Du kannst wählen, mein liebes Kind. Eine Wiedergeburt als unterdrückte moslemische Frau mit Burka ...

Mustafa: Um Himmels willen. Alles, nur das nicht.

Petrus: ... oder als weibliches Vorstandsmitglied der Partei DIE GRÜNEN.

Mustafa: Lieber Petrus, ich danke dir. Selbstverständlich wähle ich das Schicksal der moslemischen Frau.

Hamburger Innenbehörde kuschelt vor dem Islam



Mein

Landesvorsitzender verdirbt mir das Frühstück am Freitag, den

29.09.2012 mit dem [Weblink auf ein Video](#). In diesem wird für Samstag zu einer Demonstration der Muslime in Hamburg gegen das sogenannte „Mohammed-Video“ aufgerufen. Es entwickelt sich die Idee, dass man im Schlepptau dieser Demonstration unsere neuen [Flyer gegen den Staatsvertrag](#) mit den islamischen Verbänden verteilen könnte.

(Von Ulrich Lenz, Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT, Hamburg)

Wer politische Extremisten in seinen Reihen hat und als islamische Weltgemeinschaft wegen eines Videos mordet, darf kein Vertragspartner für die Hansestadt Hamburg sein. Und erst recht nicht unsere Kinder in der Schule unterrichten. Nicht umsonst haben sich die islamischen Verbände geweigert, den Sicherheitspakt mit dem Bundesinnenminister Friedrich zu unterzeichnen.

Da wir auf eine sachliche politische Auseinandersetzung mit dem Islam Wert legen, frage ich telefonisch bei der Versammlungsbehörde nach, wie wir die Verteilaktion am Besten durchführen können. Das bloße Verteilen von Flyern auf dem Gehweg ist nach dem Versammlungsgesetz nicht anmeldepflichtig. Trotzdem ziehe ich es vor, mich mit den Polizeikräften vor Ort abzustimmen, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Die Antwort ist ziemlich schockierend: Im Sichtbereich der Demonstration haben wir mit einem Platzverweis zu rechnen, da wir die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der Verteilaktion gefährden würden. Ich protestiere und weise darauf hin, dass die Polizei unsere Meinungsäußerung zu schützen und erst einmal gegen gewalttätige Störer vorzugehen hat. Der Beamte lässt den Einwand nicht gelten. Er verlangt anschließend in rüdem Ton von mir, unsere angebliche Versammlung unter Wahrung der gesetzlichen Frist von 48 Stunden anzumelden. Was bedeuten würde, dass die Verteilaktion nicht mehr am Samstag stattfinden kann. Dies lehne ich ab, woraufhin mein Gesprächs“partner“ das Gespräch kurzerhand beendet.

Unbeeindruckt von der „wunderlichen“ Rechtsauffassung der Versammlungsbehörde gelangen wir am Abend gegen 20 Uhr zu einer Entscheidung: Wir werden mit zwei unauffälligen Parteimitgliedern dem Demonstrationzug folgen und unsere Flyer diskret an die Passanten verteilen.



Am Sonnabend um 14.30 Uhr stehen wir unter den Muslimen und beobachten, wie sich der Demonstrationzug formiert. Zwei Drittel der ca. 200 Teilnehmer/-innen sind Frauen; die junge Versammlungsleiterin verbietet ausdrücklich alle Symbole und Ausdrucksformen von Hass und Gewalt. Es gibt zahlreiche muslimische Ordner und niemand macht einen gewaltbereiten Eindruck. Die eingesetzten Polizeikräfte sind den Männern im Demonstrationzug zahlenmäßig mindestens ebenbürtig. Hier ist mit keiner Gewalt zu rechnen.

Etwa eine halbe Stunde lang folgen wir beide dem Demonstrationzug in gebührendem Abstand in Sichtweite. Wir verteilen Flyer an die Passanten, die dem Zug der Muslime durch die Stadt zusehen. „Dieses Video tötet Menschen!“, tönt es immer wieder aus dem Lautsprecher der Muslime. Dass islamische Terroristen diese unschuldigen Menschen töten, kommt den Demonstranten offensichtlich nicht in den Sinn. Viele Leute wirken bei diesem Anblick unangenehm berührt und

halten uns zuerst für Teilnehmer der Demonstration. „Kein Staatsvertrag mit dem Islam in Hamburg!“ Mit dieser Aussage werde ich die Flyer dann doch noch los.

Ein freundlicher Polizeibeamter erscheint und erkundigt sich nach unserem Flyer. Ich stelle mich als Landesvorstandsmitglied von DIE FREIHEIT vor und überlasse ihm gerne ein Exemplar. Ich weise wie bereits bei der Versammlungsbehörde darauf hin, dass unsere Partei KEINE Karikaturen des Propheten verbreiten wird. Trotzdem kommt ca. fünfzehn Minuten später das Aus für unsere politische Meinungsäußerung:

Bei einem Abstand von mindestens fünfzig Metern zum Demonstrationzug stürmen drei Polizisten heran und erteilen uns einen Platzverweis, da wir die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden würden. Ich protestiere und weise darauf hin, dass dazu zumindest eine KONKRETE Gefährdungslage gegeben sein müsse, die die Polizei anders nicht mehr bewältigen kann. Die Beamten wischen meinen Protest mit dem Hinweis beiseite, dass dies ja schließlich noch geschehen könne. Wenn wir uns dem Demonstrationzug noch einmal auf Sichtweite nähern sollten, „dann landen Sie in einer Arrestzelle“. Daraufhin brechen wir die Verteilaktion ab.



So kommt man in die vierspurige

Straße, Esplanade, hinein. Ganz rechts ging die Demo (roter Pfeil), ganz links vor der roten Fahne (Basler Hof liegt gleich hinter dem Hofbräuhaus, rotes Kreuz) standen wir und unterhielten uns mit Passanten - als die Polizei uns ansprach und den Platzverweis sehr unfreundlich verkündete.

Halten wir fest: Wer sich in Hamburg einer friedlichen Demonstration von Muslimen auf Sichtweite nähert und islamkritische Flyer verteilt, gilt als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Also wird er zwangsweise entfernt. Dies gilt auch für eine Rentnerin und einen älteren Herrn in Anzug und Mantel. Hierzu fällt mir ein Zitat von Necla Kelek ein:

„Eine Gesellschaft, die sich gegen das freie Wort mit staatlicher Macht absichert oder kritische Stimmen diffamiert, kann mit sich selbst nicht im Reinen sein.“

PI-Fotobericht vom 29.9:

» [Hamburg: Moslem-Demo gegen Mohammed-Film](#)

Presse kontrolliert gegenseitig Selbstzensur

☒ Dass Details über heikle Pressegespräche an die Öffentlichkeit kommen, ist bemerkenswert. Anhand des nachstehenden Protokolls des österreichischen Medienportals

„relevant“ kann man sehen, welchen politkorrekten Druck die Blätter untereinander aufbauen, um sich gegenseitig hinsichtlich des Themas „Angaben zum Migrationshintergrund“ zu kontrollieren. Keiner soll vorpreschen, immer schön den Deckel draufhalten, lieber die Leser im Unklaren lassen... Dabei hat es die Presse mittlerweile mit einer Leserschaft zu tun, die – wie in der DDR – zwischen den Zeilen zu lesen vermag!

relevant:

*Zwischen Information und Diskriminierung: Mit dem Thema Migranten in der Kriminalberichterstattung ist am Mittwochnachmittag bei der „Medien Messe Migration“ in der Wiener Stadthalle ein heikles Eisen angepackt worden. **Einigkeit herrschte unter den Podiumsdiskutanten bei der Frage der Nationalitätennennung in Kriminalberichten nur bei Relevanzkriterien.***

Gabriele Gödel, Gerichtsberichterstatteerin der „Kronen Zeitung“ brachte das Beispiel Ehrenmord: Hier sei die Nennung des kulturellen Hintergrundes notwendig für das Verständnis der Geschichte. Generell sei zwischen in Österreich lebenden Personen mit Migrationshintergrund und Kriminaltouristen zu unterscheiden. Sie schreibe auch ganz bewusst „bei Autoschieberbanden die Nationalitäten oder Staatsangehörigkeiten“, denn in Österreich würden in der Regel nur die kleinen Mitläufer erwischt.

Andreas Koller, stellvertretender Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“ und im Presserat vertreten, erklärte: „Ich bin schon der Meinung, dass man auf die Nationalität bestimmter Gruppen hinweisen darf.“ Es sei ihm bewusst, dass exzessives Nennen von Nationalitäten nicht gut sei, „aber ist verschweigen nicht oft schlechter?“

*Auf den Journalistenkodex seines Landes verwies Max Trossmann vom **Schweizer Presserat**, wonach keine diskriminierenden Anspielungen gestattet sind. Aber: „In einem differenzierten*

Artikel ist es gut, den Migrationshintergrund zu nennen.“

*Für einen „verantwortungsvollen Umgang“ mit dem Thema plädierte Martin Gantner, stellvertretender Chronik-Ressortleiter des „**Kurier**“. Die Nennung der Nationalität sei „nur relevant, wenn ein Täter zur Fahndung ausgeschrieben ist und um die Mithilfe der Bevölkerung ersucht wird“.*

*Selbstkritik der heimischen Medien forderte hingegen der **Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell**. Einerseits gebe es genügend verlässliche Daten, dass in den 70er Jahren hierher gezogene Migranten seltener straffällig geworden seien. Dies habe sich allerdings in der Berichterstattung der Medien damals nicht niedergeschlagen. „Ich glaube nicht, dass die systematische Nennung der Nationalität uns einen Schritt weiterbringt“, so der Forscher. Gerade Fragen nach Geschlecht, sozialem Status und Alter seien bei der Suche nach den Hintergründen für eine Straftat viel wichtiger.*

Die Nennung der Nationalität sei „nur relevant, wenn ein Täter zur Fahndung ausgeschrieben ist und um die Mithilfe der Bevölkerung ersucht wird“. Genau dies ist auch die typische Vorgehensweise der deutschen Presse, wobei dann der „Südländer“ bei der Personenbeschreibung herhalten muss.

Oft werden noch nicht einmal im Rahmen von schweren Verbrechen, die vor Gericht landen, die Herkünfte von der feigen deutschen Presse genannt. Oder sehen Sie in dem [WAZ-Artikel](#) über den „Gelsenkirchener“ Messerstecher Cihan S. irgendwo einen Hinweis auf dessen „Kulturkreis“? Selbstverständlich macht es überhaupt kein Problem, etwas zum kulturellen Hintergrund zu schreiben, wenn eine [indische Sikh-Familie erstochen aufgefunden](#) wird!

Überall wird dieser Tage in den Medien wieder das Multikulti-Monster wegen des „Tags der offenenen Moschee“ beschworen (früher: Tag der Deutschen Einheit). Sobald es um Verbrechen geht, wird uns Monokulti in den Medien vorgeführt!

Gauck gegen EU-Volksabstimmung



Paßt zum

Schachtschneider-Artikel unten! Auch Bundespräsident Gauck (*hier auf einer PK mit Merkel*) gehört offenbar zur Polit-Clique, die uns nach Europa verkauft, um der eigenen Karriere nicht zu schaden. Er ist gegen eine Volksabstimmung zur EU. Die wäre „eigentlich ein bißchen früh“! Das ist nur noch Hohn! Die hätte schon längst stattfinden müssen. Hier [ist der Artikel in der FAZ](#), so gut wie alle Kommentare darunter sind negativ. Die anti-demokratische Fratze der BRD zeigt sich überdeutlich auf allen Ebenen!

Frank A. Meyer: Islamgegner sind keine Rassisten



Darf man Gegner des Islam sein? In der linken «Wochenzeitung» wirft Georg Kreis den Islamgegnern Rassismus vor. Der frühere Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus bemüht Analogien zum Antisemitismus und setzt Islamgegnerschaft praktisch damit gleich. (*Replik von Frank A. Meyer, l., auf Georg Kreis, r., in der Schweizer BLICK*)

(Spürnase: Dragan J.)

Schachtschneider: Staatsstreich!

☒ Professor Karl Albrecht Schachtschneider (Foto) hat schon im letzten Jahr ein Buch über die „Rechtswidrigkeit der Euro-Politik“ geschrieben und diese einen „Staatsstreich der politischen Klasse“ genannt. Während das Buch sehr genau in technische Details geht, die durch die neueste Entwicklung teilweise überrollt werden, ist das Vorwort unverändert gültig. Wir zitieren einen starken Auszug:

Der Euro ist gescheitert, aber die europäischen Integrationisten wollen ihn retten, koste es, was es wolle. Sie nutzen ausgerechnet dieses Scheitern ihres wichtigsten Projekts, um die Europäische Union weiter zu dem »vereinten Europa« voranzutreiben, das sie von Anfang an angestrebt

haben, dem Europastaat, in dem die Völker Europas nicht mehr in nationalen Einzelstaaten ihr Schicksal selbst bestimmen, sondern eine große Menge von Untertanen als Arbeiter und Verbraucher ein abhängiges Leben fristen, dessen Regeln eine elitäre und privilegierte Bürokratie vorschreibt.

Die Lebensverhältnisse sollen in ganz Europa und darüber hinaus unabhängig von den Leistungen der einzelnen Menschen und Völker einheitlich sein, aber sie werden kärglich und ärmlich sein. Die Union ist schon jetzt nicht demokratisch, rechtsstaatlich und sozial, aber Europa wird nach den Veränderungen, gegen welche dieses Buch mit den Mitteln rechtlicher und wirtschaftlicher Vernunft kämpft, eine Region der globalen Welt sein, welcher die besten Errungenschaften der annähernd dreitausendjährigen Geschichte Europas genommen sind: die Freiheit, das Eigentum und die freie Rede, die Selbstständigkeit und Bürgerlichkeit der Menschen, die menschheitliche Verfassung, insgesamt das Recht.

Dieses Europa wird eine sanfte Despotie, eine Diktatur der Bürokraten sein. Damit hat Europa bittere Erfahrungen. Die Sozialisten, welche die verhängnisvolle Politik machen, haben ihr Fernziel, den egalitären Menschen, unterschiedslos, bedürfnislos, bedeutungslos, den Menschen, wie ihn George Orwell beschrieben hat, nicht aus dem Auge verloren. Die Rolle des »Großen Bruders« übernehmen sie selbst. Sie nutzen die kapitalistische Habgier für ihr Ziel, mittels derer sie die Grundlage stabiler Wirtschaft und Politik zerstören: das Geldwesen.

Die Opportunisten in den Parteien leisten ihnen willig Hilfestellung. Sie wissen nicht, was sie tun, und wollen es auch nicht wissen. Sie suchen nur ihren kleinen Vorteil. Sie sind nun einmal, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine Negativauslese.

Aber die getäuschten und entmutigten Menschen werden weiter ihre Verächter an die Macht wählen. Der Trend ist nicht zu

verkennen. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind europäistisch. Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten sind links. Sie stimmen begeistert jeder Politik zu, die Deutschland schadet. Aber sie schaden auch den anderen Völkern Europas.

Zunehmend werden, typisch für Sozialisten, faschistische Herrschaftsmethoden eingesetzt, Agitation und Propaganda, Redeverbote und Ausgrenzung derer, die öffentlich Wahrheit und Richtigkeit vertreten. Aber noch gibt es Widerspruch und Widerstand...

Karl Albrecht Schachtschneider 11.Juli, 2011

Wie man sich Zeitungen wünscht

Warum gibt es das bei uns nicht? Anlässlich der Entlassung des Politikers Christoph Mörgeli durch die Uni Zürich aus politischen Gründen gibt die aktuelle WELTWOCHE dem Tagesanzeiger – nicht zum ersten Mal – kräftig Contra. Das heißt, eine Zeitung widerspricht der anderen, sie schreibt das Gegenteil und geht sogar gegen einzelne Personen vor.

Wir lesen Sätze (nicht online) wie:

Der Co-Chefredaktor des Tages-Anzeigers, Res Strehle, machte diese offizielle Version sich sofort echohaft und kritiklos zu eigen.

Die Fakten sehen anders aus – und die Universität und der mit ihr im Pingpong zusammenspielende Tages-Anzeiger wissen das.

Die Tagi-Leser erfuhren davon nichts.

Es ist die Stelle, die der Tages-Anzeiger seinen Lesern bis

heute vorenthalten hat.

Und so weiter. Und was ist in Deutschland? Da steht immer wieder, wie der Spiegel berichtet, ist das und das passiert. Sonst nichts. Nie kritisiert eine Zeitung die andere, ein Journalist einen anderen. Allen ist es wohl, wenn alle dasselbe schreiben. Was für ein langweiliger Haufen. Kein Wunder, daß die Leser davonlaufen, was sicher auch am grassierenden Analphabetismus und der Demographie liegt, aber nicht nur.

Man sehnt sich nach Streit, nach einer Kontroverse, nach Kampf zwischen den Blättern und nicht nach Mehltau und Konsens! Warum ist das nur im Ausland anders? Auch in Frankreich, Spanien und Italien sind nicht alle Zeitungen einer Meinung. Nur wir haben eine Einheitspartei und eine sich selbst gleichschaltende Presse.



**Keine politische
Meinungsfreiheit in Hamburg**



Mein

Landesvorsitzender verdirbt mir das Frühstück am Freitag, den 28.09.2012 mit dem Weblink auf ein Video. In diesem wird für Samstag zu einer Demonstration der Muslime in Hamburg gegen das sogenannte „Mohammed-Video“ aufgerufen. Es entwickelt sich die Idee, dass man im Schlepptau dieser Demonstration unsere neuen Flyer gegen den Staatsvertrag mit den islamischen Verbänden verteilen könnte.

(Gastbeitrag von Ulrich Lenz, Schatzmeister des DF-LV Hamburg)

Wer politische Extremisten in seinen Reihen hat und als islamische Weltgemeinschaft wegen eines Videos mordet, darf kein Vertragspartner für die Hansestadt Hamburg sein. Und erst recht nicht unsere Kinder in der Schule unterrichten. Nicht umsonst haben sich die islamischen Verbände geweigert, den Sicherheitspakt mit dem Bundesinnenminister Friedrichs zu unterzeichnen.

Da wir auf eine sachliche politische Auseinandersetzung mit dem Islam Wert legen, frage ich telefonisch bei der Versammlungsbehörde nach, wie wir die Verteilaktion am Besten durchführen können. Das bloße Verteilen von Flyern auf dem Gehweg ist nach dem Versammlungsgesetz nicht anmeldepflichtig. Trotzdem ziehe ich es vor, mich mit den Polizeikräften vor Ort abzustimmen, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Die Antwort ist ziemlich schockierend: Im Sichtbereich der Demonstration haben wir mit einem Platzverweis zu rechnen, da wir die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der

Verteilaktion gefährden würden. Ich protestiere und weise darauf hin, dass die Polizei unsere Meinungsäußerung zu schützen und erst einmal gegen gewalttätige Störer vorzugehen hat. Der Beamte lässt den Einwand nicht gelten. Er verlangt anschließend in rüdem Ton von mir, unsere angebliche Versammlung unter Wahrung der gesetzlichen Frist von 48 Stunden anzumelden. Was bedeuten würde, dass die Verteilaktion nicht mehr am Samstag stattfinden kann. Dies lehne ich ab, woraufhin mein Gesprächs“partner“ das Gespräch kurzerhand beendet.

Unbeeindruckt von der „wunderlichen“ Rechtsauffassung der Versammlungsbehörde gelangen wir am Abend gegen 20.00 Uhr zu einer Entscheidung: Wir werden mit zwei unauffälligen Parteimitgliedern dem Demonstrationzug folgen und unsere Flyer diskret an die Passanten verteilen.

Am Sonnabend um 14.30 Uhr stehen wir unter den Muslimen und beobachten, wie sich der Demonstrationzug formiert. Zwei Drittel der ca. 200 Teilnehmer/-innen sind Frauen; die junge Versammlungsleiterin verbietet ausdrücklich alle Symbole und Ausdrucksformen von Hass und Gewalt. Es gibt zahlreiche muslimische Ordner und niemand macht einen gewaltbereiten Eindruck. Die eingesetzten Polizeikräfte sind den Männern im Demonstrationzug zahlenmäßig mindestens ebenbürtig. Hier ist mit keiner Gewalt zu rechnen.



Etwa eine halbe Stunde lang folgen wir beide dem Demonstrationzug in gebührendem Abstand in Sichtweite. Wir verteilen Flyer an die Passanten, die dem Zug der Muslime durch die Stadt zusehen. „Dieses Video tötet Menschen!“, tönt es immer wieder aus dem Lautsprecher der Muslime. Dass islamische Terroristen diese unschuldigen Menschen töten, kommt den Demonstranten offensichtlich nicht in den Sinn. Viele Leute wirken bei diesem Anblick unangenehm berührt und halten uns zuerst für Teilnehmer der Demonstration. „Kein Staatsvertrag mit dem Islam in Hamburg!“ Mit dieser Aussage werde ich die Flyer dann doch noch los.

Ein freundlicher Polizeibeamter erscheint und erkundigt sich nach unserem Flyer. Ich stelle mich als Landesvorstandsmitglied von DIE FREIHEIT vor und überlasse ihm gerne ein Exemplar. Ich weise wie bereits bei der Versammlungsbehörde darauf hin, dass unsere Partei KEINE Karikaturen des Propheten verbreiten wird. Trotzdem kommt ca. fünfzehn Minuten später das Aus für unsere politische Meinungsäußerung:

Bei einem Abstand von mindestens fünfzig Metern zum Demonstrationzug stürmen drei Polizisten heran und erteilen uns einen Platzverweis, da wir die öffentliche Sicherheit und

Ordnung gefährden würden. Ich protestiere und weise darauf hin, dass dazu zumindest eine KONKRETE Gefährdungslage gegeben sein müsse, die die Polizei anders nicht mehr bewältigen kann. Die Beamten wischen meinen Protest mit dem Hinweis beiseite, dass dies ja schließlich noch geschehen könne. Wenn wir uns dem Demonstrationzug noch einmal auf Sichtweite nähern sollten, „dann landen Sie in einer Arrestzelle“. Daraufhin brechen wir die Verteilaktion ab.



Halten wir fest: Wer sich in Hamburg einer friedlichen Demonstration von Muslimen auf Sichtweite nähert und islamkritische Flyer verteilt, gilt als Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Also wird er zwangsweise entfernt. Dies gilt auch für eine Rentnerin und einen älteren Herrn in Anzug und Mantel. Hierzu fällt mir ein Zitat von Necla Kelek ein:

„Eine Gesellschaft, die sich gegen das freie Wort mit staatlicher Macht absichert oder kritische Stimmen diffamiert, kann mit sich selbst nicht im Reinen sein.“

Martenstein: Die Rassismus-Vorwürfe gegen Buschkowsky und sein Buch kotzen mich an



Die Rassismus-Vorwürfe gegen Heinz Buschkowsky und sein Buch kotzen mich an, schreibt Kolumnist Harald Martenstein. Er berichtet, wie ihn einst zwei junge Männern mit türkischem Akzent achtmal ohrfeigten und fragt: Wieso fühlen sich manche Menschen mit Migrationshintergrund persönlich angegriffen, wenn man Geschichten aus dem Leben erzählt? ([Weiter im Tagesspiegel](#))

Vielweiberei und Miniharem dank HartzIV

Es ist eine bestürzende Geschichte, die Ayse F. zu erzählen hat, erst gefasst, dann unter Tränen, eine Geschichte der Demütigungen und Verletzungen: 16 Jahre war sie Opfer eines Bigamisten, ohne es zu wissen. Noch ist sie mit ihrem Mann,

einem irakischen Kurden, verheiratet. In ihn war sie „ohne Ende verliebt“, und mit ihm hat sie auch vier Kinder. Zunächst hatten sie in Bosnien staatlich geheiratet. Beide lebten von Hartz IV. Allerdings hatte ihr Mann erhebliche Nebeneinkünfte aus kriminellen Quellen. (Lesen Sie die [Fortsetzung bei Joachim Wagner in der WELT](#). Zahlen tut die Vielweiberei natürlich der deutsche Michel.)

Fiktionen

chichte

Rote Socken bei der ZEIT für „Umfairteilen“

Fakten - Fiktionen

Politik Medien Zeitgeschichte

by Kewil

Gestern demonstrierten über 30.000 linke Strauchdiebe in 40 Städten für die Enteignung von Reichen zu ihren Gunsten. Man mag es nicht glauben, daß die BRD 22 Jahre nach dem Untergang des maroden, verfaulenden, kommunistischen DDR-Gespensts in einen Sozi-Banditenstaat verwandelt werden soll, aber das kommt. Die linken Parasiten sind sowieso dafür, und die CDU ist auf dem besten Weg dahin. Jemand, der den Kapitalismus verteidigt, gibt es längst nicht mehr, aber auch Ludwig Erhard mit seiner sozialen Marktwirtschaft würde heute aus allen Bundestagsparteien rausgeschmissen. Natürlich steht auch die ganze rote „Qualitätspresse“ dem „Umfairteilen“ wohlwollend gegenüber.

Man kann nicht in fünf Sätzen dartun, warum diese rote Soße nicht funktioniert, aberwitziger Quatsch ist und das Gegenteil von dem bewirkt, was die Strauchdiebe wollen. Wir werden leider noch oft Gelegenheit haben, diesen dummen Pöbel anzugreifen, hier deshalb nur ein Punkt herausgegriffen.

In den Kommentaren zu [diesem Artikel in der ZEIT](#) listet einer der vielen einfältigen Leser des Blatts die „unmoralischen“ Vermögen der „Superreichen“ auf und beklagt, daß man da nicht drankomme:

Karl Albrecht Aldi Süd 17 Mrd., Berthold und Theodor Albrecht Aldi Nord 16 Mrd., Dieter Schwarz Lidl, Kaufland 10 Mrd., Familie Otto 8,5 Mrd., Susanne Klatten 7 Mrd., Familie Reinhold Würth 7 Mrd. und so weiter.

Sollen Aldi und Lidl also wesentlich höhere Steuern zahlen, deshalb ihre Preise erhöhen und das Prekariat, das dort einkauft, schröpfen? Da beißt sich der Proletarier wohl in den eigenen Schwanz.

Oder soll der Fiskus Albrecht&Co enteignen? Was würde eigentlich der Staat mit den enteigneten Aldi- oder Lidl-Läden machen? Selber betreiben? Dann wären sie innerhalb eines Jahres auf DDR-Konsumniveau, wo es nichts gab, und in zwei Jahren pleite. Wenn es der Staat besser kann, soll er doch eine Bundi-Ladenkette oder einen Schraubenhandel aufmachen und reich werden! Lächerlich, allein der Gedanke!

Oder sollte der Staat die enteigneten Schrauben-Filialen von Würth und die Lidl-Läden verkaufen, um an die Milliarden zu kommen? An wen eigentlich? An die Chinesen? Oder an Walmart? Was wird dann besser? Hier ist ja dann keiner mehr, der Geld hat.

Der ZEIT-Idiot schreibt nicht, ob er alles will oder nur einen Teil. Nehmen wir also einfach an, er knöpft den erwähnten Superreichen alles ab und schickt sie in HartzIV. Dann hätte er vielleicht ein Achtel der aktuellen Haushalte bei Bund, Ländern und Gemeinden eingenommen, aber nur für ein paar Monate im Jahr 2012, denn nächstes Jahr sind die Milliarden ja dann bereits ausgegeben und futsch. Die Räuberei müßte dann weitergehen. Eigenheimbesitzer enteignen. Und wer kauft diese Häuser dann mit welchem Geld?

Angesichts unserer Billionen-Staatsschulden wäre die Enteignung von Superreichen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Da müsste man schon allen Bürgern alles wegnehmen, was aber nicht geht, weil es wie gesagt dann auch keine Käufer mehr gäbe. Wie sollen Enteignete etwas kaufen?

Hier [die Lumpenliste](#). Die Alewiten Deutschlands sind neben dem Erste-Klasse-Südseeflieger Bsirske auch dabei!

Daniel Pipes: Sich über Mohammed lustig zu machen, ist kein Hassreden



Um islamistische Gewalt wegen vermeintlicher Beleidigung Mohammeds zu stoppen, argumentierte ich am Freitag in einem [Artikel bei FoxNews.com](#), sollten Redaktionen und Sendeleiter täglich Karikaturen Mohammeds einstellen, „bis die Islamisten sich an die Tatsache gewöhnen, dass wir aus heiligen Kühen Hamburger machen“. Dieser Appell veranlasste Sheila Musaji von der Internetseite *The American Muslim* zu einer pathetischen Antwort, die das für „unverantwortlich und völlig inakzeptabel“ hält. Warum? Weil, wie sie sich ausdrückt, „die Lösung für die eskalierende Gewalt und Hassreden nicht weiteres Hassreden ist“.

(Von Daniel Pipes, Englischer Originaltext: [Mocking Muhammad Is Not Hate Speech](#), Übersetzung: H. Eiteneier)

Das klingt recht vernünftig. Aber ist es Hassreden, sich über Mohammed lustig zu machen, einen Koran zu verbrennen oder den Islam einen Kult zu nennen? Und was ist mit den [respektvollen Darstellungen](#) Mohammeds in den Gebäuden des Obersten Gerichtshofs der USA und dem des Staates New York? Selbst diese verursachten Aufregung und Gewaltausbrüche.

Hassreden, darin stimmen die Rechtsinstanzen überein, beinhaltet Worte, die sich gegen eine Gruppe Personen richtet. Hier ist eine typische Definition, sie stammt von [USLegal.com](#):

„Aufhetzen zu Hass vorrangig gegen eine Personengruppe, die in Begriffen von Rasse, Ethnizität, nationaler Herkunft, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung und Ähnliches definiert wird.“

Die Heiligkeiten einer Religion anzugreifen, schlage ich vor, ist etwas anderes als die Gläubigen einer Religion anzugreifen. Das erste ist geschützte Meinungsäußerung, Teil des Gebens und Nehmens auf dem Markt der Ideen, auf dem nicht alles bezaubernd ist. Freie Meinungsäußerung bedeutet die Freiheit, vor den Kopf zu stoßen und anstößig zu sein. So lange das keine Hetze beinhaltet oder Informationen, die zu kriminellen Handeln drängen, ist Anstößigkeit ein wesentlicher Teil unseres Erbes.

Ich persönlich musste lernen mit dem Strömen an vulgärer Bosheit – gesprochen wie im Bild – von denen zu leben, die mit meiner Meinung nicht einverstanden sind; Sie werden mich nicht darüber jammern hören. Katholiken, Juden, Mormonen und andere Glaubensgemeinschaften im Westen haben seit der Aufklärung gelernt, bösartige Verletzungen ihrer Symbole und Doktrinen zu erdulden.

Wer Beweise dafür braucht, erinnere sich an Monty Pythons *Das*

Leben des Brian, Terrence McNallys *Corpus Christi*, Andres Serranos *Piss Christ* und Chris Ofilias *The Holy Virgin Mary*. Oder die Lawine [antisemitischer Karikaturen](#), die Muslime ausspeien.

Als übertriebenes Beispiel wurde von der Humor-Website *The Onion* eine Karikatur veröffentlicht, die den Titel „[Niemand mordete wegen dieses Bildes](#)“ trug. Sie zeigt Moses, Jesus, Ganesha und Buddha in den Wolken, die betreiben, was die Beschriftung taktvoll als „ein lasziver Sexakt von beträchtlicher Verdorbenheit“ beschreibt. *The Onion* fährt Berichterstattung nachahmend, aber akkurat fort:

„Obwohl einige Mitglieder der jüdischen, christlichen, hinduistischen und buddhistischen Religionen durch das Bild vor den Kopf gestoßen waren, bestätigten Quellen, dass sie, als sie es sahen, den Kopf schüttelten, die Augen verdrehten und wieder an ihr Tagwerk gingen.“

Ich forderte dazu auf, die Karikaturen immer und immer wieder zu veröffentlichen, um durchzusetzen, dass Islamisten nicht an der Freiheit kratzen dürfen, dass man sich über etwas lustig macht und beleidigt, indem sie sich hinter falschen Behauptungen von Hetze verstecken. Nennen Sie einen Vorfall, Frau Musaji, wo beißende Bemerkungen über Mohammed, den Koran oder den Islam zu Krawallen und Morden von Nichtmuslimen an Muslimen geführt haben.

Ich finde nicht einen einzigen.

Wenn Angriffe auf Muslime stattfinden, geschieht das in Reaktion auf Terror durch Muslime; das ist sicherlich keine Rechtfertigung, doch es deutet darauf hin, dass Gewalt gegen Muslime keine Verbindung zur Verspottung Mohammeds oder der Schändung des Koran besitzt. Muslime müssen sich wie jeder sonst auch eine dickere Haut zulegen; das ist eines der Nebenprodukte der Globalisierung. Die alte Isolation ist für immer vorbei.

Um alles noch schlimmer zu machen, sagen uns die Islamisten „[Passt bei Mohammed auf!](#)“, und bedrohen diejenigen, die die Frechheit besitzen, über den Propheten des Islam zu sprechen, ihn zu zeichnen oder nur [vorgeben ihn zeichnen zu wollen](#), während sie selbst nach Belieben [andere Religionen verunglimpfen und beleidigen](#). Ich kann viele [Beispiele](#) anführen, wie Schauspieler, Satiriker, Künstler, Karikaturisten, Autoren, Redakteure, Verleger, Ombudsleute und andere offen zugeben, dass sie eingeschüchtert sind, islamische Themen zu diskutieren; dieses Problem hat sogar Frau Musaji selbst [eingestanden](#).

Um die Temperatur herunterzufahren, können die Muslime zwei Schritte unternehmen: den Terrorismus beenden und die Krawalle wegen Karikaturen und Romanen stoppen. Das wird dafür sorgen, dass der im Verlauf des letzten Jahrzehnts aufgebaute Antagonismus gegenüber dem Islam nachlässt. An diesem Punkt werde ich meinen Aufruf an Redakteure und Sendeleiter beleidigende Karikaturen Mohammeds zur Schau zu stellen, freudig zurückziehen.

(Bild oben: Islamisten wollen das Marmorfries am Gebäude des Obersten Gerichtshofs der USA entfernt sehen, das aus den 1930-er Jahren stammt und Mohammed als Gesetzgeber zeigt.)



„Mehmet“ schickt Bittbrief an Gauck



Wundern Sie sich nicht, wenn Ihnen in München demnächst „Mehmet“ über den Weg läuft. Muhlis Ari (Foto l.), so sein richtiger Name, war in seiner Jugend ein so gewalttätiger Serienverbrecher – als er 14 wurde, hatte er schon 62 Straftaten auf dem Buckel – , daß er es tatsächlich schaffte, mit 21 von der Kuschelrepublik Deutschland eine Haftstrafe zu kriegen, die er aber nicht antrat, sondern er flüchtete in seine Heimat Türkei. Muhlis Ari will nach Bayern zurück, aber nicht ins Gefängnis – [wir haben berichtet](#) – und zu diesem Behuf hat der unverschämte Lümmel jetzt einen Bettelbrief an Bundespräsident Gauck geschrieben. Und der hat es in sich.

Im Schreiben beklagt sein Anwalt [nach Angaben von Bild](#), daß seinem Mandanten besonders seitens der bayerischen Politik Unrecht widerfahren sei. Und [er beschwert sich auch](#), die Behörden würden durch die „aufgeheizte Öffentlichkeit“ derart negativ beeinflusst, daß sie seine Bitte um Rückkehr ablehnten. Muhlis Ari wollte bekanntlich kurz vor seiner Flucht auch nur seine Eltern totschiessen, da war die Verurteilung zu 18 Monaten Haft sicher viel zu hart für einen 21-Jährigen. Das müssen wir vergeben.

Und es ist höchste Zeit, eine Lichterkette für den Armen anzuzünden. Lachen Sie nicht, grüne Arschlöcher in München [reden schon von einer „Hexenjagd“](#) auf Muhlis/Mehmet!